

Stellungnahme zum Senatsbericht Agenda 21 Berlin - zum Handlungsfeld Energie- und Klimaschutzpolitik

Von Dr. Hartwig Berger

Durchaus positiv zu werten ist die Benennung und knappe Darstellung von klima- und energiepolitischen Strategien, Programmen und Maßnahmen, die der Senat seit Verabschiedung der Agenda 21 erarbeitet hat. Einschränkend ist jedoch hinzuzufügen:

Die Vorlage eines für das Abgeordnetenhaus beratungs- und beschlussfähigen Klimaschutzgesetzes steht noch immer aus.

Es handelt sich bei diesen Konzepten durchweg um Programme und Vorhaben, über deren Wirkung – etwa in Form tatsächlicher Energieeinsparung – nichts gesagt wird. Strategien und Absichten berichten noch nicht über greifbare Erfolge.

Ein „Mehrwert“ aufgrund der Verabschiedung der Agenda 21 Berlin ist nicht zu sehen. Es wird nicht deutlich, ob und inwiefern diese Agenda Impulse im fraglichen Handlungsfeld ermöglicht oder eingeleitet hat.

Über folgende Aktivitäten, die mit der Agenda 21 ausdrücklich formuliert oder mitgegeben sind, wird keine Auskunft gegeben:

1.

Ein **energie- und klimapolitisches Monitoring**, welches den Stand der Dinge und ggf. auch Entwicklungslinien darstellt. Ernsthaft durchgeführt, hätte es nach den von Berlin 21 durchgeführten Recherchen¹ ergeben:

Dass die CO₂-Bilanzierung Berlins ab dem Referenzjahr 1990 aufgrund mehrfach wechselnder Berechnungsmethoden in den ersten Jahren der Nachwendezeit unzuverlässig ist. Bezüglich der CO₂ Entwicklung kann folglich nicht sicher gesagt werden, wo Berlin steht!

Dass der (End-)Energieverbrauch Berlins absolut und pro Kopf nicht gesunken, der Energieverbrauch privater Haushalte im Bundesdurchschnitt sogar deutlich angestiegen ist.

Dass die Energieproduktivität – ein in der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands ebenfalls zentraler Indikator – in Berlin seit 1995, anders als in den meisten Bundesländern, nicht zunimmt.

Dass Berlin im Bereich Erneuerbare Energien weiterhin das Schlusslicht unter allen Bundesländern ist. So war Ende 2007 das Agenda 21 Ziel für Solarthermie für 2020 erst zu 14%, Ende 2008 das Photovoltaik-Ziel lediglich zu 8% erreicht.

Im Sektor Verkehr ist ein Rückgang der CO₂-Emissionen seit 1999 im Straßenverkehr positiv ebenso zu werten, wie die signifikante Zunahme des Fahrradverkehrs (Das Agenda 21 Ziel für 2020 ist hier 2009 nahezu erreicht).

Dass ein starkes Anwachsen des Flugverkehrs erreichte Verbesserungen in der Klimabilanz des Verkehrs zunichte macht und in einen Negativtrend zu führen droht.

2.

Im Bereich der **Gebäudesanierung** finden die Verpflichtungen „Passivhausstandard für Neubau“ und „Mindeststandards für Sanierung“ aus der Agenda 21 keine Berücksichtigung. Die Anregung von Berlin 21 ist hier zum einen, dem Vorbild Frankfurts a.M. und Freiburgs folgend Passivhausstandard für alle Neubauten auf kommunaler Hand und auf kommunalem Boden einzuführen; zum anderen dass in der ausstehenden Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes das „Stufenmodell“ von BUND und Berliner Mieterverein, das auch von der IHK Berlin unterstützt wird, zu übernehmen. Mit diesem Konzept wird es möglich, bis zum Jahr 2050 eine Verringerung des Wärmebedarfs um 90% und der CO₂-Emissionen auf nahezu 0% zu erreichen.

3.

Eine Reihe weiterer in Agenda 21 vereinbarter Maßnahmen wurden nicht verfolgt. So hätte die ungünstige Entwicklung der Energieproduktivität im Berliner Gewerbe Anlass sein müssen, um die vereinbarte gezielte **Energieberatung von Unternehmen** zu etablieren. Auch wurde der Vorschlag von Berlin 21, die **EU-gestützte Förderung von Wirtschaftsprojekten** mit der Vorlage eines Energiekonzepts zu verbinden, nicht aufgegriffen.

¹ Vgl. die Analyse „Frühe Apfelblüte – Berlins Klimabilanz“, www.berlin21.de

4.

Die Agenda 21 Berlin benennt vier „**Bausteine einer vorsorgenden Energiepolitik**“: *Energiesparen*, *Steigerung der Effizienz*, *Ausbau erneuerbarer Energien* sowie die *Änderung unseres Lebensstils und Konsumverhaltens*. Lediglich zur Effizienz erfolgten Aktivitäten, bei den Erneuerbaren Energien waren sie eindeutig unzureichend.

5.

Keinerlei Aktivitäten hat Berlin als (zudem Gründungs-)Mitglied im **Klimabündnis europäischer Städte mit den Völkern der Regenwälder** entfaltet. Dem Bericht ist auch entgangen, dass die Städte in diesem Bündnis seit geraumer Zeit weitergehende Klimaschutzziele als die im Bericht genannten (minus 50% CO₂ bis 2030) vereinbart haben.

6.

Es fehlt auch nur der Ansatz einer **Weiterentwicklung der Agenda 21**. So wären die Zielsetzungen angesichts a. der Prognosen eines zunehmend schnelleren und folgenreicheren Klimawandels und b. aufgrund der deutlich schnelleren Entwicklung erneuerbarer Energien in Deutschland zumindest zu überdenken. Zum zweiten beschränkt sich – mit Ausnahme von Tropenholz – die Klimaschutzpolitik Berlins (und der Senatsbericht) auf den direkten Energieverbrauch in der Stadt und dessen Erzeugung. Es erscheint uns notwendig, Klimaschutz auf Maßnahmen zum Abbau klimatischer Veränderungen zu erweitern, die durch den gesamten Stoffwechsel der Stadt verursacht sind. Als Beispiele seien der Ernährungssektor, die Abfallwirtschaft oder der ökologische Rucksack von Konsumgütern, Baumaterial etc. genannt.